

1,3 Millionen Euro für Windrad abgenickt

VkZ 28.3.2014

Vaihinger Energiegenossenschaft sammelt Absichtserklärungen für Beteiligung an Windkraftwerk

– Heute Versammlung im Rathaus

Weitere Fotovoltaikanlagen und der Bau von Windkraftanlagen im Vaihinger Raum, das sind die Ziele der Energiegenossenschaft Vaihingen und Umgebung e. G. Für ein Windrad haben sich zahlungswillige potenzielle Mitstreiter aus der Deckung gewagt.

VON SABINE RÜCKER

VAIHINGEN. Für „beachtliche 1,3 Millionen Euro“ liegen der Energiegenossenschaft Vaihingen und Umgebung e. G. inzwischen Absichtserklärungen von Bürgern vor, die sich an einer Windkraftanlage in Vaihingen und Umgebung beteiligen wollen.

„Wir stehen schon lange in den Startlöchern“, sagt Susanne Schwarz-Zeeb, Vorstandsmitglied der Energiegenossenschaft. „Wir sind der Meinung, dass wir was machen müssen“, lässt Christoph Hansen, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und von Beruf Ingenieur für Energieversorgung, wissen.

Eine Windkraftanlage „von Bürgern für Bürger“ soll entstehen, vergleichbar mit der in Ingersheim – Strom für 1000 Haushalte, 3,5 Millionen Kilowattstunden im Jahr. Schließlich lautet die Devise der Energiegenossenschaft: „Wir wollen die Energiewende in Vaihingen und Umgebung selbst in die Hand nehmen.“ Und Hansen verdeutlicht, ihm sei die Windkraftanlage im Garten lieber als der Atomturm hinterm Haus.

Bei der Generalversammlung vor rund einem Jahr sei einstimmig beschlossen worden, neben dem weiteren Ausbau der Fotovoltaikanlagen den Bau von Windkraftanlagen anzupacken. Flyer wurden entwickelt und verteilt und nun liegen der Energiegenossenschaft Absichtserklärungen in Höhe von 1,3 Millionen Euro für den Bau einer Windkraftanlage vor. Drei bis fünf Millionen Euro seien nötig, sagt Hansen und: „Die Banken würden eine solche Absichtserklärung akzeptieren.“

Allerdings „sind wir jetzt ausgebremst“, sagt Schwarz-Zeeb. „Die Förderung der Windkraft ist im Moment unsicher“, ergänzt Hansen. Noch laufen die Beratungen der Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) im Bundestag.

Aber entmutigen lassen sich die Genossen nicht. „Wir werden so weitermachen“, sagt Hansen. Wenn die Rahmenbedingungen feststünden, dann werde die Standortsuche verstärkt angegangen, das Grundstück gepachtet und genauere Untersuchungen in Auftrag gegeben. „Wir nehmen alle Standorte“, sagt Schwarz-Zeeb.

Der beste sei jedoch ein 13 Hektar großes Gebiet im Großen Fleckenwald in Ensin gen/Gündelbach, das vom Verband Region Stuttgart (VRS) als Vorranggebiet ausgewiesen ist. Hier müsse der VRS noch im Frühjahr ein Gutachten in Bezug auf den Vogelschutz in Auftrag geben, dies sei jedoch nicht passiert. So werde das Engagement der Bürger ausgebremst, sagen Hansen und Schwarz-Zeeb.

VRS-Planungsdirektor Thomas Kiwitt spricht dagegen von einer artenschutzrechtlichen Prüfung aufgrund vorliegender Daten, die der Verband nun für Vorranggebiete in der Region Stuttgart in Auftrag gibt. Dies entbinde potenzielle Bauherren aber nicht davon, konkrete ornithologische Gutachten zu beauftragen. „Da muss man nicht auf den Regionalplan warten“, so Kiwitt. Das Risiko werde den Investoren nicht genommen, auch wenn der Regionalplan

rechtskräftig sei. „Wer schneller sein möchte, kann das in den jetzt geplanten Flächen tun“, sagt Kiwitt – „auf eigenes Risiko“, fügt er noch hinzu. 85 Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie sind aktuell im Regionalplan Region Stuttgart ausgewiesen. „Wir wollen in diesem Jahr den Regionalplan über die Bühne bringen“, stellt Kiwitt in Aussicht.

Seit 2010 engagieren sich Vaihinger Bürger in der Erneuerbare Energiegenossenschaft Vaihingen und Umgebung „für sauberen Strom aus regenerativer Energie“, so eine Pressemitteilung. „Wir sind ein Kind der Lokalen Agenda“, sagt Schwarz-Zeeb. Mit rund 70 Mitgliedern betreibt die Energiegenossenschaft derzeit drei Fotovoltaikanlagen, die auf dem Stromberg-Gymnasium und den Feuerwehren in Vaihingen und Enzweihingen installiert sind und Strom für rund 35 Haushalte in Vaihingen liefern.

Das Energieeinspeisegesetz aus dem Jahr 2000 habe Rahmenbedingungen geschaffen, die eine Energiewende von den fossilen zu den erneuerbaren Energieträgern vorbereitet hatten, so die Genossenschaft. Inzwischen sei der Anteil an Strom aus erneuerbarer Energie in Deutschland auf 25 Prozent gestiegen. Die Bundesregierung habe

nicht damit gerechnet, dass die Bürger bereit sind, in diesem Maße selbst in ihre Strom- und Energieversorgung zu investieren. Als sich der Erfolg der Energiewende abzeichnete, sei unter der alten Bundesregierung auf Druck der großen Energieversorger die „Notbremse“ gezogen worden.

Aus wirtschaftlichem Interesse hätten die großen Energieversorger, Industriekonzerne und die Bundes- und Landesregierungen die Parole ausgegeben, dass die Energiewende zu unbezahlbaren Strompreisen führen würde. Dies sei gebetsmühlenartig behauptet worden, obwohl die Strompreise in Deutschland trotz Erneuerbare-Energien-Gesetz Umlage (EEG-Umlage) im europäischen Mittelfeld liegen und die Strompreise an der Börse durch die erneuerbaren Energie nachweislich gesunken seien. Diese Preisentwicklung sei aber nicht an die Bürger weitergegeben worden.

Auch die Vaihinger Energiegenossen sind von den nun reduzierten Einspeisebedingungen betroffen. Mit den neuen Vergütungssätzen lohne die Einspeisung ins Stromnetz nicht mehr. Jetzt lasse sich eine Fotovoltaikanlage nur noch wirtschaftlich betreiben, wenn der erzeugte Solarstrom komplett im jeweiligen Gebäude auch verbraucht und die Kosten für den teuren

Strombezug aus dem Stromnetz es jeweiligen Stromversorger eingespart wird. „Daher suchen die Vaihinger Energiegenossen Firmen, öffentliche und private Einrichtungen, die ihre Dachfläche für eine Fotovoltaikanlage verpachten und deren Stromverbrauch es zulässt den erzeugten Solarstrom komplett vor Ort zu nutzen“, so die Genossenschaft.

Die Förderungen für die Erneuerbaren würden reduziert. Doch die Kosten für Klimaschäden und die Entsorgung und Endlagerung von Atomturm würden vom Staat somit von der Allgemeinheit getragen.

„Bei den Bedenkenrängern gegen eine Energiewende oder Windkraftanlagen in Baden-Württemberg appellieren wir an den gesunden Menschenverstand und das Verantwortungsbewusstsein für kommende Generationen“, schreiben die Energiegenossen in ihrer Pressemitteilung.

▪ Die Flyer zur Beteiligung an einer Windkraftanlage können im Internet unter www.energie-vaihingen-eg.de heruntergeladen werden und liegen im Bürgerbüro des Rathauses aus. Zur Generalversammlung heute um 19 Uhr im Rathaus Vaihingen lädt die Energiegenossenschaft Interessierte und Mitglieder ein.